

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1923**

17.4.1923 (No. 88)



Bezugspreis monatlich: In Karlsruhe durch Verlag Nr. 4000...

Badischer Beobachter

Anzeigenpreis: 1 Spalte, 1 mm hoch, 85.- M.; im Voraus zu bezahlen...

Verlegerin und Geschäftsleiterin: Frau v. v. (Wilhelm Jöhner, Direktor), Notationsdruck der 'Badenia'...

Erscheint wochentlich einmal täglich. - Beilagen: 'Blätter für den Familien- und Frauenbildung'...

Hauptverleger: J. Th. Weyer. Verantwortlich für badische, rhein- und südpfälzische Verhältnisse: Th. Weyer...

Vom Tage.

Im Reichstag sprach gestern Außenminister von Rosenbergs über die äußere Politik der Regierung. Allein am 13. April sind aus der Pfalz und dem Rheinland 664 Eisenbahner ausgewiesen worden.

Die Lage im Ruhrgebiet hat sich verschärft. Die Maßnahmen hinsichtlich der Verkehrsbeschränkung haben mancherorts Erregungen hervorgebracht.

General Degoutte traf mit mehreren militärischen Begleitern zu einer Besichtigung der Bechen und des Rhein-Perne-Kanals in Herne ein.

Die französische Regierung hat den Transport polnischer Einwanderer zur Verwendung in der Landwirtschaft und im Ruhrgebiet durch besondere Dampfzertifikate begünstigt.

Der Generalinspektor des französischen Heeres Petain tritt demnächst eine Besichtigungstour ins Ruhrgebiet an.

Die Presse gegenüber stellte der belgische Ministerpräsident vor den Verlegungen, daß Deutschland ein Reparationsangebot einreichen solle.

Der Fugate kommt zu der Feststellung, daß Loucheurs Londoner Reise auf Veranlassung Willersands geschahen sei, und daß damit der Präsident der französischen Republik über seine verfassungsmäßigen Rechte hinausgehe.

Am zweiten Messstag wies der Geschäftsgang auf der Frankfurter Messe eine merkliche Belebung auf. Zum diktatorischen Militärkommissar in Memel wurde Wisniewski ernannt.

Das deutsche Kreditangebot fand in Lettland günstige Aufnahme. Das Kabinett Pasifich hat demissioniert. - Heute wird das österreichische Kabinett Seipel seine Demission einreichen.

Eigenart dieser Schule anzupassen. Auch in der Bekennnisschule ist die lehrplanmäßige Selbstständigkeit der einzelnen Lehrkräfte...

Die Länder haben auf dem Gebiet der Ausbildung der Lehrer in ausreichendem Umfange Maßnahmen zu treffen, um unbeschadet der Einheitlichkeit der Lehrerbildung den besonderen Erfordernissen der Bekennnisschule zu entsprechen.

Stellt die Schulaufsichtsbehörde aufgrund eigener Wahrnehmungen, der einer etwaigen Beschwerde der Erziehungsberechtigten oder der beteiligten Religionsgesellschaften fest, aus denen sich ergibt, daß der Lehrer einer Bekennnisschule die Kinder nicht im Geiste des Bekennnisses...

Die Bekennnisschule verliert ihren Charakter nicht dadurch, daß Schulkinder sie besuchen, die dem Bekennnis nicht angehören, für das die Schule bestimmt ist, ferner nicht dadurch, daß technische Lehrer, oder Lehrer, die Religionsunterricht für professionelle Minderheiten erteilen...

Die weltliche Schule. Der Ausschuss wolle beschließen: Bekennnisschulen (weltliche oder Weltanschauungs-) Schulen sind die Volksschulen, die Religionsunterricht im Sinne des Artikels 149, Absatz 1 der Reichsverfassung nicht erteilen.

Die Bedeutung der Montagsfeier des Reichstages dokumentierte sich schon nach außen hin durch die Anwesenheit des gesamten Kabinetts...

Die zweite Sitzung des Hanshaushaltplanes des Auswärtigen Amtes gab dem Reichsminister des Äußeren Dr. Rosenberg Anlass sich eingehend über die deutsche auswärtige Politik auszusprechen und hierbei vor allem die Haltung Deutschlands zum französischen Ruhrbruch zu erörtern.

Mit besonderem Nachdruck wies Dr. Rosenberg sodann auf den guten Willen Deutschlands und den schlechten Willen Frankreichs hin. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Vorschläge, die der Reichskanzler dem englischen Ministerpräsidenten in einem Briefe für die Londoner Konferenz unterbreitete.

Der Ausschuss wolle beschließen: Die Bekennnisschule sind entweder evangelische oder katholische oder jüdische Volksschulen und als solche zu bezeichnen.

zu legen. Jedoch können die Lehrbücher der Art der Schule angepaßt sein.

4. Schulen einer Weltanschauung, deren gemeinschaftliche Pflege sich eine der im Artikel 137 Absatz 7 der R. V. erwähnten Vereinigungen zur Aufgabe macht (Weltanschauungsschulen), können eingerichtet werden, wenn der Vereinigung nach Maßgabe des Artikels 137 Absatz 5, 7, der R. V. die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gewährt sind.

4. Der Religionsunterricht. Der Ausschuss wolle beschließen: In allen Volksschulen, mit Ausnahme der weltlichen Schulen, ist Religionsunterricht ordentliches Lehrfach (Artikel 149 der R. V.).

In allen Schulen ist für Kinder, für die lehrplanmäßig Religionsunterricht ihres Bekennnisses oder Unterweisung in sittlicher Lebensführung nicht erteilt wird, der entsprechende Unterricht einzurichten, sofern sich die Erziehungsberechtigten von mindestens 12 Schülern beantragen.

Der Religionsunterricht wird in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betr. Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtrechtes des Staates erteilt. Lehrplan und Lehrbücher für den Religionsunterricht werden von der zuständigen Landesbehörde im Einvernehmen mit der betr. Religionsgesellschaft festgesetzt.

Die weltliche Schule. Der Ausschuss wolle beschließen: Bekennnisschulen (weltliche oder Weltanschauungs-) Schulen sind die Volksschulen, die Religionsunterricht im Sinne des Artikels 149, Absatz 1 der Reichsverfassung nicht erteilen.

Jahre später noch 132 Goldmillarden forderte, war die deutsche Wirtschaft schon so schlecht, daß sie nur noch 50 Goldmillarden bieten konnte. Nach Schilderung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sich Deutschland befindet, und die durch die Ruhrbesetzung noch vermehrt worden sind, besprach der Minister die in der Presse veröffentlichten neuen französischen Pläne.

Die Entprechung und weitere Schmälerung unserer Hoheitsrechte seien undiskutierbar. Die Sicherheit Frankreichs könne sehr wohl durch einen Burgfrieden im Rheinland erfolgen, wie ihn Deutschland vorge schlagen habe.

Am Schluß seiner Ausführungen bezeichnete der Außenminister die Behauptung Poincares, daß die Ruhraktion bisher ohne Gewalt durchgeführt worden sei, als unwarhaft und erklärte: Die Völker Frankreichs und Deutschlands haben nur eine Wahl: gemeinsam zu leben, oder miteinander unterzugehen.

Nach der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede des Außenministers wurde in die Aussprache eingetreten. Hierbei betonte Abg. Müller-Franken (Soz.) die Notwendigkeit einer Verständigung; sie müßte kommen trotz aller Hindernisse.

Der Zentrumsführer Marx stellte sich im wesentlichen auf den Boden der Ausführungen des Außenministers. Er wies die französische Gewaltpolitik zurück und erinnerte daran, wie Deutschland immer bereit gewesen sei, alle Verpflichtungen zu erfüllen, die ihm auferlegt waren.

Der deutschnationale Abg. Soeysch sieht einen Erfolg des passiven Widerstandes schon in der internationalen Erörterung der Frage. Deutschland stehe leider immer noch allein. Bis jetzt hätten nur die schwedischen Bischöfe und der Vatikan gegen die französische Rechtsbrüche protestiert.

Brüssel, 17. April. Auf einem Frühstück der fremden Presse gab der belgische Ministerpräsident Theunis Erklärungen über die Pariser Besprechungen mit Poincare ab. Er sagte, die Ruhrbesetzung sei noch nicht zu Ende geführt.

Die Entfernung der Gendarmen und die Auflösung der Kriminalpolizei scheint in Offenburg unhaltbare Zustände herbeizuführen. Nächtlige Diebstähle und Raubfälle mehren sich ebenso wie die Zusammenstöße zwischen französischen Soldaten und Zivilisten.

Nach Ansicht der deutschen Regierung sollte eine von jeder politischen Einwirkung unabhängige internationale Kommission von höchsten Finanzautoritäten, an der Deutschland und Frankreich mit voller Gleichberechtigung teilnehmen, folgende Fragen beantworten: 1. Was hat Deutschland bisher geleistet? 2. Was kann und soll Deutschland gerechterweise noch leisten? 3. Auf welchem Wege können diese Leistungen bewerkstelligt werden?

Der Außenminister erinnerte daran, daß Deutschland im Sommer 1919 100 Goldmillarden anbot, daß der französische Finanzminister aber 375 Goldmillarden forderte und als man zwei

Verlag, Hof, Moritz, A.-G., Auflage 142 S., das Göttliche der reich der sichbaren...

Hof, A.-G., Auflage 142 S., das Göttliche der reich der sichbaren...

Hof, A.-G., Auflage 142 S., das Göttliche der reich der sichbaren...

Hof, A.-G., Auflage 142 S., das Göttliche der reich der sichbaren...

Hof, A.-G., Auflage 142 S., das Göttliche der reich der sichbaren...

Reichsaussenminister Dr. Rosenberg über Deutschlands Außenpolitik.

Berlin, 16. April 1923. Die Bedeutung der Montagsfeier des Reichstages dokumentierte sich schon nach außen hin durch die Anwesenheit des gesamten Kabinetts...

Die zweite Sitzung des Hanshaushaltplanes des Auswärtigen Amtes gab dem Reichsminister des Äußeren Dr. Rosenberg Anlass sich eingehend über die deutsche auswärtige Politik auszusprechen und hierbei vor allem die Haltung Deutschlands zum französischen Ruhrbruch zu erörtern.

Mit besonderem Nachdruck wies Dr. Rosenberg sodann auf den guten Willen Deutschlands und den schlechten Willen Frankreichs hin. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Vorschläge, die der Reichskanzler dem englischen Ministerpräsidenten in einem Briefe für die Londoner Konferenz unterbreitete.

Der Ausschuss wolle beschließen: Die Bekennnisschule sind entweder evangelische oder katholische oder jüdische Volksschulen und als solche zu bezeichnen.

Baden, Rhein und Ruhr.

In Offenburg. Die Entfernung der Gendarmen und die Auflösung der Kriminalpolizei scheint in Offenburg unhaltbare Zustände herbeizuführen.

Nach Ansicht der deutschen Regierung sollte eine von jeder politischen Einwirkung unabhängige internationale Kommission von höchsten Finanzautoritäten, an der Deutschland und Frankreich mit voller Gleichberechtigung teilnehmen, folgende Fragen beantworten: 1. Was hat Deutschland bisher geleistet? 2. Was kann und soll Deutschland gerechterweise noch leisten? 3. Auf welchem Wege können diese Leistungen bewerkstelligt werden?

Der Außenminister erinnerte daran, daß Deutschland im Sommer 1919 100 Goldmillarden anbot, daß der französische Finanzminister aber 375 Goldmillarden forderte und als man zwei



